



Umweltfreundliche Kommunen

Wir versorgen ressourcenschonend
und zuverlässig vor Ort

Kommunale Unternehmen sind Garant für eine sichere und bezahlbare Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung in Brandenburg

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind Kernbestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Die kommunalen Unternehmen in Brandenburg stellen die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung qualitativ hochwertig und zu angemessenen Entgelten für die Bürgerinnen und Bürger sicher. Sie sorgen dafür, dass die Infrastruktur als „Schatz unter der Straße“ erhalten bleibt. Dem Schutz der Ressourcen zur Trinkwasserversorgung muss seitens der Politik eine besondere Bedeutung zukommen und die **Anwendung des Verursacherprinzips in das Zentrum aller wasserpolitischen Entscheidungen rücken.**

Die Ergebnisse einer VKU-Umfrage unter den brandenburgischen Wasserversorgern aus dem Jahr 2023 verdeutlichen den dringenden politischen Handlungsbedarf, um zukünftig die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Brandenburg nachhaltig zu sichern. Durch die Auswirkungen des Klimawandels, die Zunahme der Wasserverbräuche durch das prognostizierte Bevölkerungswachstum insbesondere in den Kommunen im Berliner Umland,

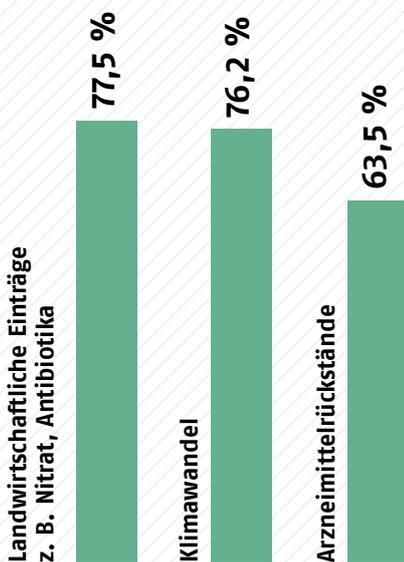
steigende Industrie- und Gewerbeansiedlungen und die potenziell zunehmende Herstellung von Wasserstoff werden Wasserverbräuche erwartet, die mit vorhandenen Wasserrechten nicht mehr bedient werden könnten. **40 Prozent der befragten Wasserversorger in Brandenburg sehen sich gezwungen, bereits heute ihre Wasserrechte über die kritische Grenze von 80 Prozent auszunutzen.**



Die Landesregierung muss Maßnahmen ergreifen, damit die Versorgungssicherheit auch in Zukunft gewährleistet werden kann



Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher könnten sich diese Themen negativ auf die Trinkwasserressourcen und -versorgung auswirken:



Quelle: TWS-Studie des Instituts für empirische Sozial- und Kommunikationsforschung, 2020

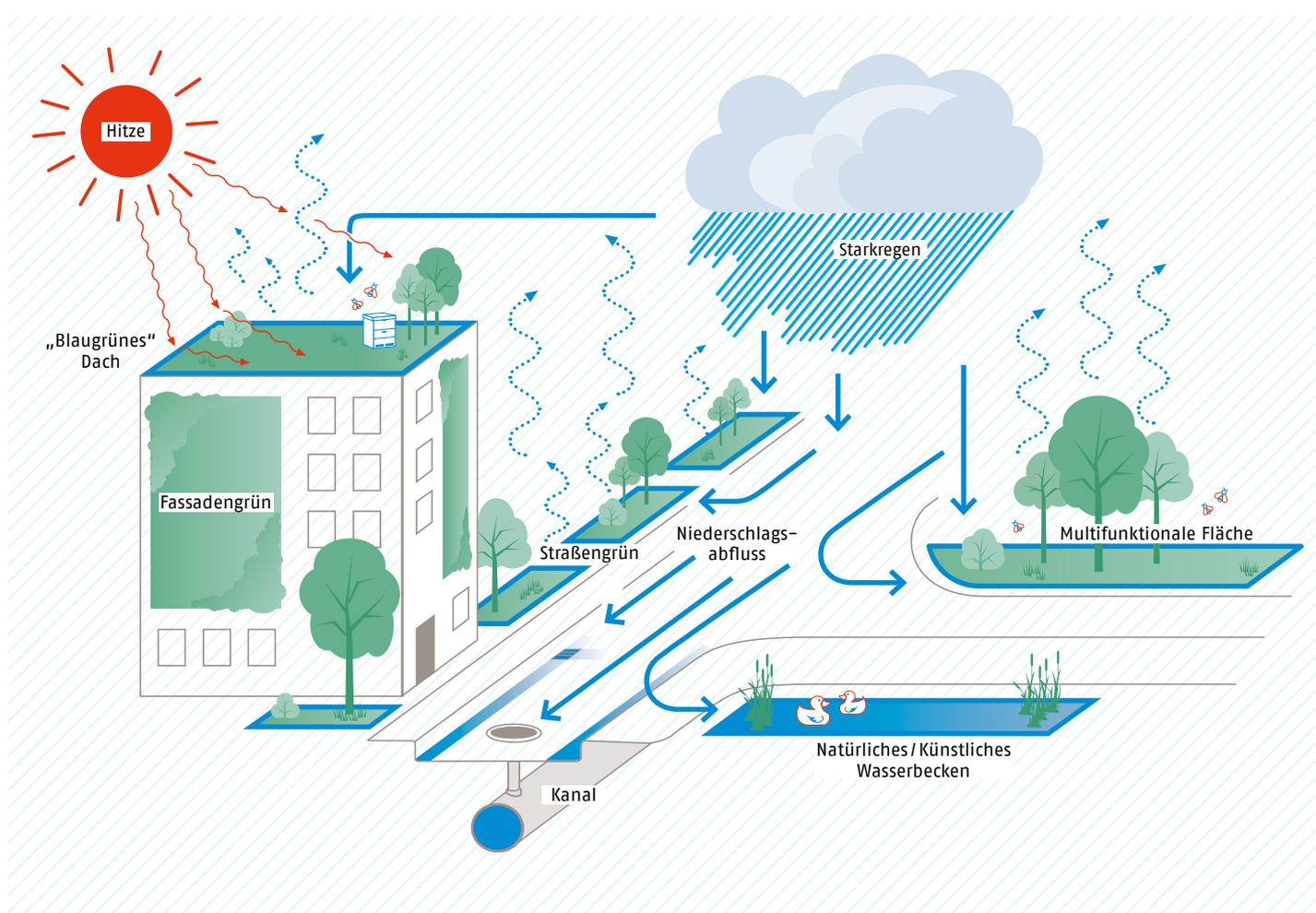
Die vom Land geplante Einführung eines Klimawandelabschlages würde die Problematik zusätzlich verschärfen (der Klimawandelabschlag stellt die Differenz zwischen derzeit verfügbarem Grundwasserdargebot und dem in der Periode 2031–2060 verfügbaren Dargebot innerhalb von Bilanzgebieten dar). Die Landespolitik ist vielmehr in der Pflicht, die notwendigen Rahmenbedingungen für eine zukunftsfeste Wasserver- und Abwasserentsorgung zu schaffen. Dazu gehört zunächst, die bereits im „Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg“ formulierten Maßnahmen endlich umzusetzen. Auch muss die Umsetzung des seit 2022 vorliegenden Landesniedrigwasserkonzepts dringend erfolgen. **Die Landesregierung muss darüber hinaus weitere Maßnahmen ergreifen, damit die Versorgungssicherheit auch in Zukunft gewährleistet werden kann: Dazu gehört u. a. die Vorhaltung ausreichender Wasserrechte, die Beschleunigung von wasserrechtlichen Genehmigungen und die finanzielle Ausstattung für den Infrastrukturerhalt. Dies alles muss in ein länderübergreifendes Wasserressourcenmanagement eingebettet werden.**

Bestehende Wasserrechte sichern und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Die Wasserversorger Brandenburgs prognostizieren für 2050 eine erhebliche Abnahme im Dargebotsbereich. Vor dem Hintergrund knapper werdender Wasserressourcen ist die Vorhaltung ausreichender Wasserrechte für die Wasserversorger und Abwasserentsorger unerlässlich. Damit diese zudem flexibel und unmittelbar auf geänderte Wasserdarbote und Wasserbedarfe reagieren können, bedarf es beschleunigter Genehmigungsverfahren seitens der zuständigen Landesbehörden.

Für die neue Landesregierung regen wir an:

- Bestehende Nutzungsrechte im Hinblick auf die Daseinsvorsorge für die kommenden Generationen konsequent und prioritär zu behandeln und die bestehenden Trinkwasserschutzgebietsverordnungen konsequent umzusetzen.
- Die Dauer von Genehmigungsverfahren für Wasserrechte auf höchstens drei Jahre zu begrenzen.
- Schlanke und digitalisierte Genehmigungsprozesse umzusetzen (inkl. Online-Beteiligungen), um Verfahren zu beschleunigen. In diesem Zusammenhang sind Abwägungsprozesse und die sich daraus ergebenden Entscheidungen transparent zu kommunizieren.



- Bestandsanalysen zu den regionalen Wasserdargeboten mit Fokussierung auf bestehende und geplante Industrie- und Gewerbestandorte inklusive Maßnahmen mit dem Ziel regionaler Versorgungssicherheit (inkl. Kostenschätzung, Finanzierung, Umsetzungszeitraum) zu erstellen.
- Eine Handlungsanleitung für den behördlichen Bearbeitungsprozess herauszugeben. Diese sollte Folgendes umfassen:
 1. Anforderungslisten für vorzulegende Unterlagen zu Beginn des Verfahrens, um Nachforderungen zu vermeiden
 2. Erklärung der Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen und Vorgabe einer verbindlichen Genehmigungsdauer
 3. Vorgabe von behördlichen Abwägungskriterien für die Genehmigungsentscheidung.
- Genehmigungsfiktionen auch für wasserwirtschaftliche Vorhaben zu ermöglichen.
- Den vorzeitigen Bau- und Maßnahmenbeginn auf wasserrechtliche Verfahren auszuweiten.
- Eine Beratungsfunktion durch die Fachbehörden im Verfahren einzuführen.

Länderübergreifendes Wasserressourcenmanagement etablieren: Verbundlösungen

Vor dem Hintergrund abnehmender Wasserdarangebote und steigender Anforderungen an eine klimaresiliente Wasserversorgung werden Fremdwasserüberleitungen immer häufiger als Lösung diskutiert. Diese Aufgabe können die zuständigen Wasserversorger sowohl organisatorisch als auch finanziell nicht allein stemmen. Es ist dringend erforder-

lich, sowohl **länderübergreifende Lösungen (Flussüberleitungen) als auch Verbundlösungen (regionale Wasserverteilung) zu prüfen und mit Landes- und Bundesmitteln zu finanzieren.** Hierbei sind zwingend die hydrologischen Systeme, welche oft über die benachbarten Landkreis- und Ländergrenzen hinausgehen, gesamtheitlich zu berücksichtigen und die Trinkwasserver- und Abwasserentsorger entlang der hydrologischen Einflusssphäre mit einzubeziehen.

Neben den bereits ausgeführten Faktoren wird auch der Kohleausstieg in der Lausitz einen starken Rückgang der Wasserführung in der Spree bewirken: Laut einer Studie des Umweltbundesamtes¹ aus dem Jahr 2023 besteht die Gefahr, dass die Spree künftig in trockenen Sommermonaten örtlich bis zu 75 Prozent weniger Wasser führen könnte. Dies hätte dramatische Auswirkungen insbesondere auf die Trinkwasserversorgung. Die Folgen des Klimawandels verstärken diesen Trend. Daher sind frühzeitige Lösungen zur Ausgleichung des Wasserdefizits zu prüfen und zu finanzieren: beispielsweise durch **neue Rohrsysteme und Wasserüberleitungen aus benachbarten Flussgebieten/Regionen, durch die Ertüchtigung von Talsperren und Wasserspeichern und durch den Ausbau bestehender Seen als Wasserspeicher.** Verdunstungsverluste und damit die Flächen der Tagebaurestseen, die nicht als Speicher dienen, sind zu minimieren. Der Wasserrückhalt in der Landschaft ist zu stärken. Notfalls muss weiter Grundwasser abgeleitet und aufbereitet werden. Ein bewusster und sparsamer Umgang mit der Ressource Wasser auch seitens Landwirtschaft und Industrie ist unabdingbar.

¹ Uhlmann, W. et al. (2023): Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausstiegs in der Lausitz. Umweltbundesamt (Hrsg.).



Für die neue Landesregierung regen wir an:

- Ganzheitliche und wenn notwendig auch länderübergreifende Maßnahmen zu entwickeln, um Wasser in Zeiten des Überflusses besser speichern und in Zeiten von Trockenheit besser abgeben zu können.
- Das Instrument der Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser („Water Re-Use“) in Konzepte zum Wasserkreislauf miteinzubeziehen.
- Die VKU-Landesgruppe bei der Erarbeitung der „Wasserstrategie Hauptstadtregion 2050“ frühzeitig einzubeziehen.

40 Prozent der befragten Wasserversorger in Brandenburg sehen sich gezwungen, bereits heute ihre Wasserrechte über die kritische Grenze von 80 Prozent auszunutzen.



Wertvollen Input zur Bewältigung dieser Herausforderungen bildet die versorgerübergreifende Initiative Trinkwasserversorgung Metropolregion (ITM) im Rahmen derer die brandenburgischen Wasserversorger der Metropolregion und die Berliner Wasserbetriebe (BWB) eng zusammenarbeiten. Der von der ITM – und vom VKU unterstützte – mit den Landesregierungen von Berlin und Brandenburg begonnene Weg zur Bewältigung der genannten Herausforderungen muss auch von der neuen Landesregierung fortgesetzt und intensiviert werden. Dazu zählt auch das Format der gemeinsamen, länderübergreifenden „Wasserklausurtagungen“, die sich zu einer wichtigen Plattform etabliert haben, um konkrete Lösungsvorschläge für die aufgezeigten Probleme zu erarbeiten.

Gezielte Bereitstellung von Fördermitteln für einen zukunftsfesten Infrastrukturerhalt der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft Brandenburgs

Die Infrastruktur der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft ist ein bedeutender Vermögenswert der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune, ein zuverlässiger „Schatz unter der Straße“. Leitungs- und Kanalnetze sind unverzichtbare Lebensadern der Städte und Gemeinden Brandenburgs und die Grundlage für eine starke wirtschaftliche Entwicklung. Um die genannten Herausforderungen zukünftig zu bezahlbaren Entgelten zu meistern, braucht es ein **klares Bekenntnis der Landespolitik, Infrastrukturinvestitionen Vorfahrt einzuräumen**. Der Erhalt wasserwirtschaftlicher Infrastruktur ist eine Daueraufgabe, die es nicht zum Nulltarif gibt und die mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen noch anspruchsvoller wird. **Mehraufwendungen für die Gewinnung und Aufbereitung von Trinkwasser müssen verursachergerecht umgelegt werden und dürfen Verbraucher nicht zusätzlich belasten**. Dies gilt insbesondere auch für den bergbaubedingten Sulfatgehalt in der Spree.

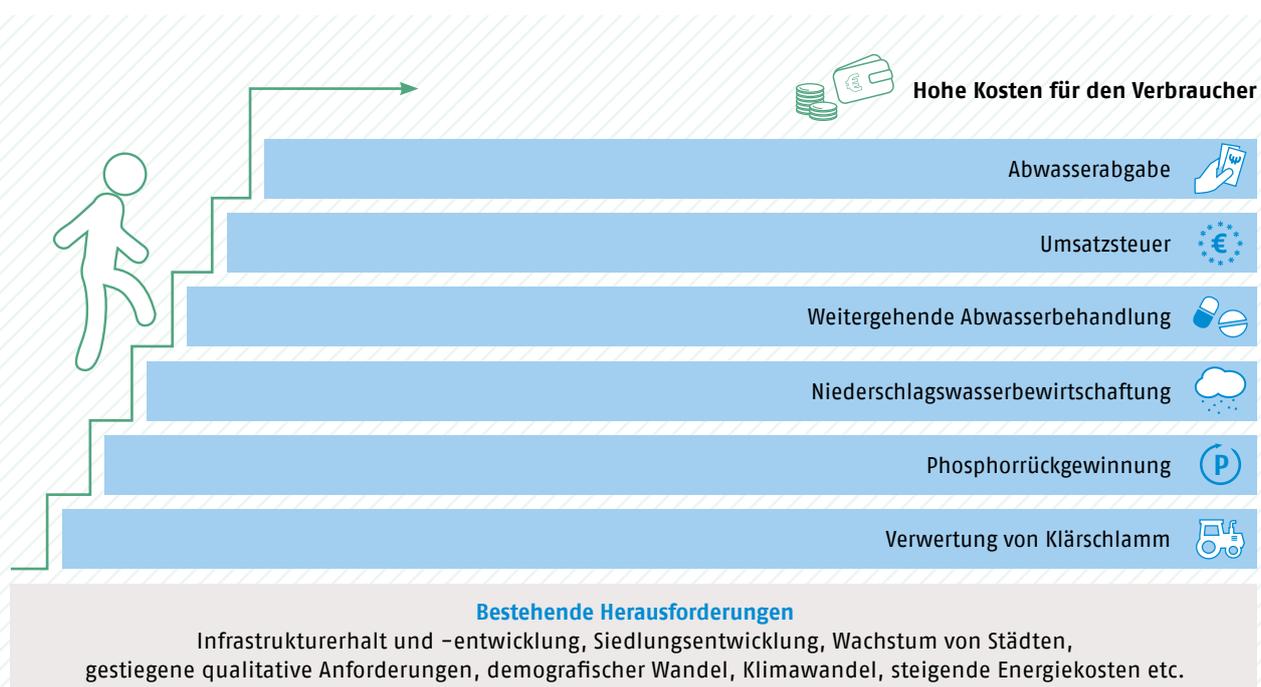
Aber auch bei lang zurückliegenden Altlasteneinträgen, die sich diffus im Grundwasser verteilt haben, reichen die gesetzlichen Regelungen zur Finanzierungsverpflichtung nicht aus; etwa bei der Quellensanierung. Selbst bei erfolgreicher Quellensanierung verbleiben Restschadstoffe, die bei einer Grundwasseraufbereitung entfernt werden müssen.

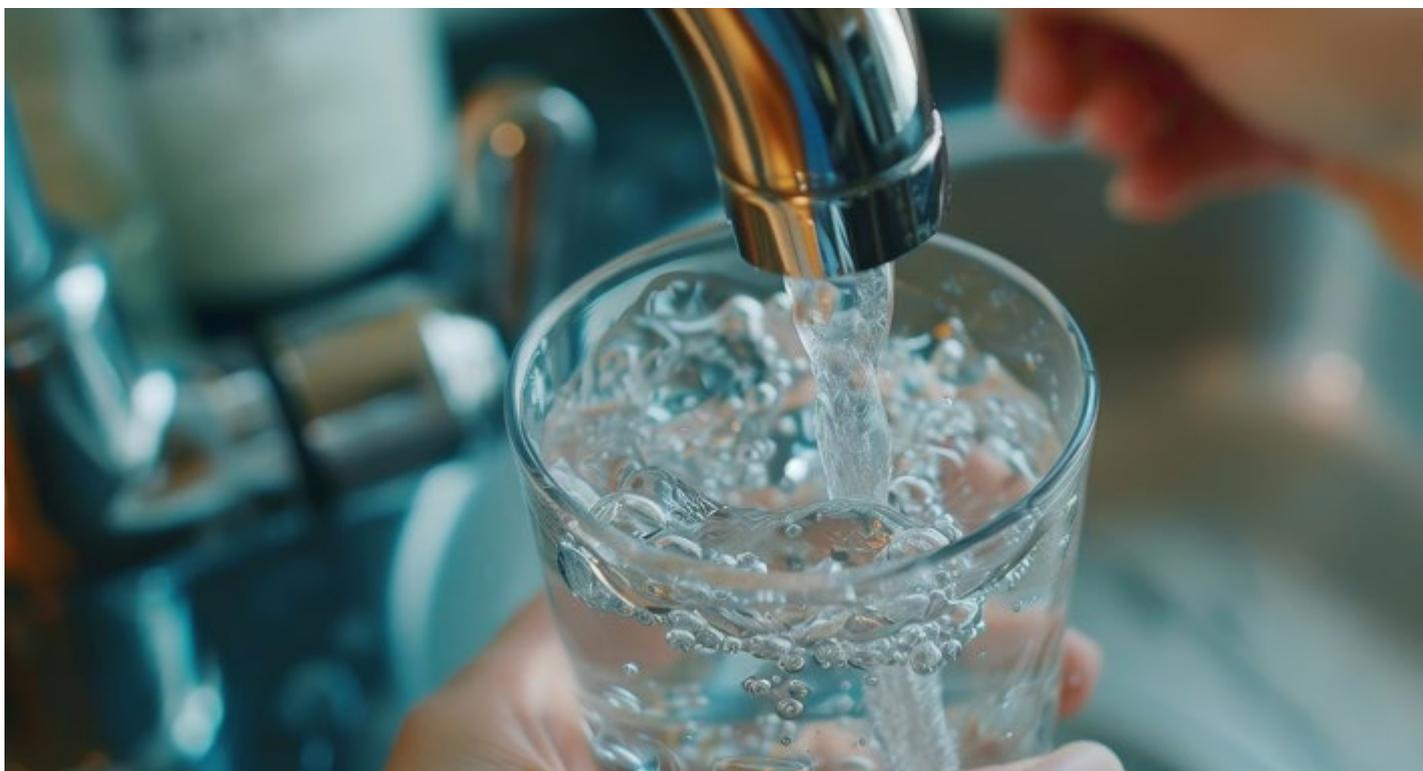
Die kommunale Abwasserwirtschaft wird im Anschluss an die nationale Umsetzung der neuen **EU-Kommunalabwasserrichtlinie** in den nächsten Jahren mit gestiegenen Anforderungen konfrontiert werden.

Vorgeschriebene Maßnahmen zur weiteren **Phosphor- und Stickstoffreduzierung** und zur **Reduzierung von Spurenstoffen** (Stichwort: **vierte Reinigungsstufe**) bedeuten erhebliche Investitionen für Abwasserentsorger für die sie dringend **finanzielle Unterstützung in Form von Landesförderprogrammen** benötigen. Auch für die Sanierung und Erweiterung von Abwasserbehandlungsanlagen müssen weiterhin genügend Landesmittel zur Verfügung gestellt werden.

Auch im Bereich der Abwasserentsorgung zeigt sich die enge Verflechtung Brandenburgs mit Berlin: Da die BWB die Abwasserentsorgung für fast 30 Prozent der brandenburgischen Bevölkerung gewährleistet (2023), sollte die länderübergreifende Zusammenarbeit auch Einzug in Landesförderrichtlinien finden.

Wasserversorger und Abwasserentsorger planen die Auswirkungen von **extremen Wetterereignissen** wie **Starkregen** zwar bereits heute ein, ihre Mittel und Möglichkeiten sind aber ökonomisch und rechtlich begrenzt. Deshalb brauchen sie für die Zukunft Rahmenbedingungen, die eine klimaresiliente Ver- und Entsorgung sicherstellen. Die Strategie des Landes Brandenburg zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die brandenburgische Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mit dem Bereich Starkregenvorsorge sowie die Initiierung eines Starkregenrisikomanagement-Netzwerkes sind richtige Schritte, reichen aber langfristig für die anstehenden Herausforderungen nicht aus. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, **statistische Datengrundlagen** zu schaffen, damit Ver- und Entsorgungssysteme an die veränderten klimatischen Bedingungen angepasst werden können. Dazu gehört auch die **Erstellung von Starkregengefahrenkarten**, die verbindlich in die Bauleitplanung einbezogen werden müssen.





Von Klimawandel bis Demografie und Spurenstoffe: Wir brauchen ein Infrastruktur-Update, das unsere Infrastruktursysteme zukunftsfest macht und die Resilienz weiter stärkt!

Für die neue Landesregierung regen wir an:

- Verursacherprinzip konsequent umsetzen: Zur Finanzierung notwendiger umweltpolitischer Maßnahmen dürfen nicht nur die Kundinnen und Kunden der Wasser- und Abwasserwirtschaft herangezogen werden. Die Finanzierungsinstrumente müssen ausgebaut werden, zuerst durch eine erweiterte Herstellerverantwortung.
- Finanzierung kontinuierlich sicherstellen: Der „Schatz unter der Straße“ wird nur selten sichtbar, aber er muss fortlaufend gepflegt werden. Das erfordert kontinuierlich ausreichende Investitionsmittel. Dafür bedarf es politischer Akzeptanz und gezielter Förderung des Landes.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung beim Aufstellen der Regionalplanung und zu Beginn der Ansiedlungsprozesse berücksichtigen

Es ist Aufgabe der Landesregierung, die Ressource Wasser sowohl für die Trinkwasserversorgung als auch für die Wirtschaftsentwicklung nachhaltig zu sichern. Die drei brandenburgischen Industrie- und Handelskammern (IHKs), die Berliner IHK und die VKU-Landesgruppe haben in einem gemeinsamen Positionspapier konkrete Handlungsempfehlungen für die Landespolitik erarbei-

tet, um Nutzungskonkurrenzen frühzeitig zu verhindern. Zentral ist die ausreichende Berücksichtigung der Absicherung der Wasserversorgung in der Regionalplanung, vor allem, wenn zusätzliche Bedarfe z. B. durch Industrieansiedlungen erzeugt werden. Dabei muss eine frühzeitige Einbindung der Wasserversorger, Abwasserentsorger und Wirtschaftsförderer im Rahmen der Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Planungs- und Entscheidungsprozesse bei Neuansiedlungen erfolgen, auch um potenzielle Lösungen (z. B. Verbundsysteme) vorbereiten zu können. Außerdem fordern wir eine Verbesserung der Datenlage und das Bereitstellen von Prognosetools zur Abschätzung künftiger Wasserbedarfe für die Regionalplanung.

Daseinsvorsorge für Brandenburg

Unsere Positionen
zur Landtagswahl 2024:

Ltw2024.vku-brandenburg.de



Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)
Landesgruppe Berlin-Brandenburg | Invalidenstraße 91 | 10115 Berlin
Fon: +49 30 58580-451
www.vku.de/berlin-brandenburg

Gestaltung und Realisation: VKU Verlag GmbH | Corporate Media
Bildnachweis: istockphoto.com/demachi (S. 1), stock.adobe.com/Tilo Grellmann (S. 4),
stock.adobe.com/Ben (S. 6)